

Newsletter, April 2025

Liebe Unterstützer*innen,

liebe Mitstreiter*innen,

liebe KuB-Interessierte,

unser Newsletter verfolgt mehrere Ziele: Natürlich möchten wir euch hauptsächlich über das auf dem Laufenden halten, **was in der KuB passiert**. Außerdem wollen wir euch auf Gelegenheiten hinweisen, wo ihr unsere Arbeit auf vielfältige Weise unterstützen könnt, aber auch andere Initiativen und Aktionen vorstellen, die wir für unterstützenswert halten. Wir möchten euch aber möglichst auch angemessen von den **politischen Rahmenbedingungen** berichten, unter denen wir arbeiten (müssen). Vieles von dem, womit wir uns beschäftigen, lässt sich sonst schwer verstehen.

Gerade Letzteres gestaltet sich aber manchmal schwierig. Zur Zeit werden so schnell so viele Selbstverständlichkeiten des Asylrechts demontiert, dass auch wir kaum hinterherkommen. Das katastrophale **Ergebnis der Koalitionsverhandlungen** (siehe unten) ist ein neuer trauriger Höhepunkt. Dass der Koalitionsvertrag in Bezug auf Asyl und Migration schlimm wird, war spätestens seit dem Wahlkampf absehbar. Denn wer sich von der bereits weitgehenden Auflösung des individuellen Rechts auf Asyl in den letzten Jahren unter Verweis auf einen „neuen Kurs“ distanziert, will offensichtlich die letzten Reste Solidarität, Menschlichkeit und Empathie aus der Asylpolitik verbannen - und damit faktisch vor rechtsextremen politischen Kräften kapitulieren.

Wir protestieren entschieden gegen alle Versuche, Schutzsuchende für soziale Schieflagen verantwortlich zu machen und setzen uns weiter vehement dafür ein, dass alle Menschen sicher, würdevoll und selbstbestimmt hier leben können.

Dafür brauchen wir mehr denn je eure Hilfe:

1.999 und du - unterstütze #TeamBleiberecht im KuB-Förderkreis!

Die KuB blickt in eine finanziell ungewisse Zukunft. Um unser gegenwärtiges Angebot komplett politikunabhängig ungefähr auf dem jetzigen Stand zu halten, **bräuchten wir bis Ende 2025 etwa 2.000 Menschen, die uns verlässlich und regelmäßig unterstützen**. Deswegen gibt es unsere Kampagne „1.999 und du!“.

Alles, was ihr zum Thema Spenden wissen müsst, findet ihr auf unserer Spendenseite: <https://kub-berlin.org/de/spenden/>

Spendenkonto:

KuB e.V.

GLS-Bank

IBAN: DE70 4306 0967 1150 4052 02

BIC: GENODEM1GLS

[Aktuelles aus der KuB]

Aktuelle Beratungssituation

Die Stimmung gegenüber Schutzsuchenden und Migrant*innen (und Migrantisierten) wird weiter angeheizt. Als Beratungsstelle bekommen wir das in Form neuer Sorgen um Repressionen, Schikanen und direkte Angriffe bei den Ratsuchenden mit. Ein Beispiel ist die **Bezahlkarte für Geflüchtete**, die nun in einigen Brandenburger Landkreisen gestartet ist (siehe unten) und Menschen, die Leistungen unter dem „Asylberwerberleistungsgesetz“ (AsylbLG) beziehen, die Lebensführung unnötig erschwert und in Teilen unmöglich macht. Ein zweites ist die **Ausweitung von Abschiebungen nach Griechenland** - aufgrund der Zustände im dortigen Asylsystem absehbar in Verelendung und Obdachlosigkeit -, die soeben vom Bundesverwaltungsgericht für zulässig erklärt wurde (siehe unten). Beides illustriert den immer unmenschlicheren Umgang mit Schutzsuchenden und stellt uns in der Beratung vor neue Herausforderungen.

Wie zu erwarten war, macht sich auch der **Wegfall von wichtigen Angeboten** in unserer Nähe, z.B. bei Yekmal, Nachbarschaftshaus Naunynstr., JACK und romano sfato durch einen starken Anstieg bei den Beratungs- und Kursanfragen bei uns bemerkbar. Dabei waren wir schon vorher mehr als ausgelastet. In 2024 konnten wir etwa 8.000 mal Ratsuchenden entweder selbst offene Beratung anbieten oder sie an geeignete Stellen weiterleiten. Dazu kamen die vielen, auch langfristigen Terminberatungen und durchgehend 100 bis 120 Menschen, die an unseren Deutschkursen teilgenommen haben.

Leider haben wir nur begrenzt Berater*innen und Räume, so dass wir viele andere Ratsuchende nicht unterstützen konnten und können. Zur Zeit beschäftigt uns also neben den vielen dringenden Einzelanliegen, die an uns herangetragen werden, auch die Frage, wie wir vermeiden, dass wir für manche nur eine weitere von vielen verschlossenen Türen sind, die sie in Deutschland vorfinden. Dass zu Juni nun auch „Moabit hilft“ [aus ihren Räumlichkeiten gekündigt werden sollen](#), ist eine weitere schlechte Nachricht für Schutzsuchende und eine zusätzliche Belastung für die verbleibenden Berliner Unterstützungsstrukturen.

Stellenausschreibung niedrigschwellige Asyl-, Aufenthalts- und Sozialrechtsberatung und Ehrenamtskoordination

Um diesen Herausforderungen etwas besser begegnen zu können, schreibt die KuB eine dringend benötigte Stelle in der niedrigschwelligen Asyl-, Aufenthalts- und Sozialrechtsberatung und Ehrenamtskoordination aus. Die Stelle soll **am 15.05.25 beginnen**, ist wegen wie immer unsicherer Förderperspektiven (siehe oben: „1.999 und du“) vorerst bis 31.12.25 befristet und hat einen Umfang von **23 Wochenstunden**.

Die Ausschreibung mit allen Informationen findet ihr hier: <https://kub-berlin.org/de/mitmachen/stellen/>

Neue Praktikumsplätze

Wir haben das Glück, dass immer sehr viele tolle Menschen bei uns ein Praktikum machen, von denen einige auch nach offiziellem Praktikumsende weiter freiwillig die Arbeit der KuB unterstützen. Das ist hoffentlich ein Zeichen dafür, dass das Praktikum für sie eine interessante und bereichernde Erfahrung ist. Nun haben wir wieder **freie Praktikumsplätze ab Juli und August 2025** zu vergeben. Wir freuen uns auf **Bewerbungen** (Motivations schreiben und Lebenslauf als PDF) mit Angabe der gewünschten Praktikumsdauer **bis zum 05.05.2025** an kontakt@kub-berlin.org.

Alles weitere findet ihr hier: <https://kub-berlin.org/de/mitmachen/praktikum/>

Sommersemester der Deutschkurse // **Neue queere Deutschkurse: Spendenaufruf!**

Am 22. April geht das nächste Semester unserer Deutschkurse los und sie waren wieder sehr schnell voll. Es gibt diesmal **9 Kurse** von Alphabetisierung über Anfänger*innen- bis hin zu Konversationskursen. Besonders freut uns, dass wir in diesem Semester **gleich zwei Kurse von und für LGBTIQ*-Personen anbieten können (A1.1 und A1.2)**. Wir haben vor zwei Semestern wegen der großen Angebotslücke in Berlin mit einem queeren A1.1 Kurs angefangen und konnten uns durch die Unterstützung des „Comeln“ Programms mit der Entwicklung eines zielgruppenspezifischen Leitfadens für diesen Kurs beschäftigen.

Da diese Kurse im Hinblick auf Material und geschützte Räumlichkeiten besondere Anforderungen haben, freuen wir uns über finanzielle Unterstützung zur Durchführung dieser Kurse. Ihr findet das Projekt hier auf [Betterplace](#). Wer lieber den herkömmlichen (kostengünstigeren und datensparsameren) Weg gehen möchte, kann einfach bei Überweisungen auf unser Spendenkonto den Betreff „queer DK“ angeben.

Eindrücke vom letzten Kurs gibt es in diesem von den Lehrkräften erstellten [„Zine“](#).

Fachstelle für Schwangere, Alleinerziehende und Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt

Schon länger sind wir mit der KuB Teil des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen (BNS). Wir waren für diesen Teil der Beratung noch auf der Suche nach einem Namen, der die Struktur unserer Klient*innen widerspiegelt und dabei möglichst inklusiv ist. Wir möchten euch deshalb die „Fachstelle für Schwangere, Alleinerziehende und Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt“ vorstellen und gleichzeitig die erfreuliche Nachricht dranhängen, dass diese Fachstelle nach zwei sehr dünn besetzten Monaten **nun wieder in voller Personalstärke** arbeiten kann!

Andere Verstärkungen in der KuB

Wir freuen wir uns, dass wir durch eine Zusammenarbeit mit der „ajb - Gemeinnützige Gesellschaft für Jugendberatung und psychosoziale Rehabilitation“ unsere Kapazitäten in der psychosozialen Beratung bis Jahresende ausweiten konnten. Mit den drastischen Kürzungen im Bereich der psychosozialen Zentren wird dieses Angebot noch wichtiger. Auch die [Fachgruppen](#) Rechtsberatung und Deutschkurse hatten Zuwachs von Ehrenamtlichen. Darüber hinaus gibt es neue Sprachmittler*innen für Arabisch, Englisch, Ukrainisch, Georgisch, Russisch und Französisch. Wir wissen dieses - leider buchstäblich unbezahlbare - Engagement sehr zu schätzen!

Aufruf IT-Support

Aktivismus und praktische Solidarität mit geflüchteten, schutzsuchenden und rassismusbetroffenen Menschen kann viele Formen haben. Bei uns gibt es z.B. eine **tolle ehrenamtliche Fachgruppe für IT-Support**. Leider gibt es da auch immer viel zu tun. Wir haben 25 Linux PCs, Drucker, Netzwerk, Telefone, Website, Wiki und natürlich auch ein Fax (wir müssen mit Behörden kommunizieren!). Ratsuchende, Deutschlernende und Berater*innen sind darauf angewiesen, dass das alles funktioniert. Wenn ihr also Spaß am Debuggen von Drucker-Treibern oder Telefon-Ausfällen habt, meldet euch gerne! Es ist nicht immer viel zu tun, aber manchmal sehr Wichtiges. Feste Treffen nur alle 6-8 Wochen.

Bei Interesse meldet euch gerne bei der Fachgruppe IT unter: kubit@kub-berlin.org.

In eigener Sache: Einbürgerungen im Team

Im aktuellen migrationspolitischen Klima ist es mehr als eine Randnotiz, dass in den letzten Monaten gleich 4 Kolleg*innen und Mitstreiter*innen in der KuB selbst ihre Einbürgerung erreicht haben und sich damit einige Sorgen in Bezug auf ihren eigenen Aufenthalt etwas beruhigen. Wir hoffen (und mahnen) nun von ganzem Herzen, dass nicht irgendwelche Konzepte von widerrufbarer (2-Klassen-) Staatsbürgerschaft wieder neuen existenziellen Stress verursachen!

[Aktuelles außerhalb der KuB]

Koalitionsvertrag: Asyl- und Migrationspolitik

Jeder einzelne migrations- und asylpolitischen Punkt im Koalitionsvertrag verdient eine eigene Abhandlung und es sind bereits viele Stellungnahmen dazu im Umlauf. Für alle, die bei der aktuellen Geschwindigkeit, mit der Menschenrechte aufgegeben werden, verständlicherweise schon jetzt nicht mehr mitkommen, hier eine **kleine Übersicht**, worauf sich CDU/CSU und SPD (vorerst) geeinigt haben:

- Ausweitung der Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan
- Beibehaltung der (illegalen) #Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen
- Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte
- Ende "legaler" Fluchtwege (Aufnahmeprogramme, z.B. Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan und das Resettlement Programm des UNHCR)
- Vorantreiben von Asylverfahren in Drittstaaten ("Ruanda-Modell")
- Wegfall des Amtsermittlungsgrundsatz
- noch mehr Länder zu "sicheren Herkunftsstaaten" erklären
- Ausweisungen bei Straftaten (auch "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte")
- Zurückweisungen von Asylsuchenden (illegal)
- grundgesetzwidrige zu niedrige Leistungen nach dem AsylbLG jetzt auch für Ukrainer*innen
- dauerhafte Ausreisepflicht
- Abschaffung von Pflichtanwält*innen bei Abschiebehaft

Ob wir es nun Übernahme von oder Kapitulation vor extrem rechten Positionen nennen - fest steht, dass **vom individuellen Recht auf Asyl praktisch nichts mehr übrig** bleibt und von rechtsstaatlichen Prinzipien nur sehr wenig. Hier ist weiter politischer Druck gefragt, um das Schlimmste zu verhindern!

Als Teil des BNS verweisen wir auf die [gemeinsame Stellungnahme mit dem Flüchtlingsrat](#).

Und [hier](#) findet ihr einen Appell zum Erhalt des Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan.

Dazu eine [juristische Einschätzung zum Ende des Amtsermittlungsgrundsatzes](#).

Landesprogramm für Familienangehörige ausgesetzt (Syrien, Irak, Afghanistan)

Auch Berlin blockiert die Verlängerung der Aufnahmeregelung für Familienangehörige seit Ende 2024, wie eine kleine Anfrage jetzt bestätigt. Diese landeseigene Regelung ermöglichte es bisher syrischen, afghanischen und irakischen Menschen mit Hauptwohnsitz in Berlin bereits geflohene Verwandte oder Ehepartner*innen nachzuholen. Die Blockade bedeutet de facto das Ende des letzten Landesaufnahmeprogramms.

<https://taz.de/Abschaffung-von-legalen-Fluchtrouten!/6079196/>

Abschiebungen nach Griechenland

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass Abschiebungen „alleinstehender, gesunder und arbeitsfähiger Migranten“ nach Griechenland zulässig sind. Dabei birgt das aktuelle griechische Aufnahmesystem eine große **Gefahr von Verelendung und Obdachlosigkeit**. Es steht nun zu befürchten, dass Deutschland dieses Urteil zum Anlass nimmt, Abschiebungen weiter auszuweiten. Viele betroffene Personen sind bereits mit Briefen vom BAMF zu uns gekommen, die ihnen keinen Schutz in Deutschland in Aussicht stellen. Zudem wird ihnen ein Programm zur "freiwilligen Rückkehr" nach Griechenland nahe gelegt. Die Fachstellen empfehlen bei Erhalt solch eines Schreibens eine Beratungsstelle aufzusuchen.

Mehr Infos zu den Schreiben: <https://fluechtlingsrat-berlin.de/wp-content/uploads/2025-03-06-infoblatt-zu-helios.pdf>

Zur Situation des griechischen Aufnahmesystems: <https://www.proasyl.de/news/keine-verbesserung-fluechtlinge-in-griechenland-ohne-bett-brot-und-seife/>

Bezahlkarte - Einführung und praktische Solidarität

Die Bezahlkarte für Geflüchtete ist bundesweit beschlossen und mehrere Landkreise u.a. in Brandenburg haben mit der Austeilung begonnen. Bereits letztes Jahr haben wir in einem gemeinsamen [Offenen Brief](#) erklärt, warum die Bezahlkarte so eine schlechte (und schon einmal gescheiterte) Idee ist. Mit der konkreten Einführung ergeben sich **neue Probleme und Kritikpunkte**, z.B. in Bezug auf den zusätzlichen Verwaltungsaufwand, die Übernahme der Kosten für die Transaktionen oder die Listung von verfügbaren Bezahlorten. Und nicht nur zeigt die Weigerung immer mehr Kommunen, das System umzusetzen, dass es in dieser Frage noch politischen Redebedarf gibt. Auch die **vielen lokalen Initiativen, die z.B. Einkaufsgutscheine gegen Bargeld tauschen um Betroffene zu unterstützen**, machen deutlich, dass es erheblichen Widerstand gegen die menschenverachtende Karte gibt. Die von Parteien geäußerten Drohungen, solche Solidaritätsaktionen kriminalisieren zu wollen, tauchen vorerst nicht im Koalitionsvertrag auf (zumindest das).

Hier gibt es eine Übersicht über Orte und Aktionen in Berlin/Brandenburg: <https://nein-zur-bezahlkarte.de/>

Und hier das Gleiche deutschlandweit:

<https://www.seebruecke.org/aktuelles/kampagnen/bezahlkarte>

Veröffentlichung der PKS // Offener Brief

Auch dieses Jahr hat die Veröffentlichung der **Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)** wieder großen medialen Wirbel verursacht. Und das obwohl kritische Kriminolog*innen und antirassistische Initiativen seit Jahren kompetent darüber aufklären, dass diese Statistik methodisch fragwürdig und **zur**

Beurteilung der Sicherheitslage ungeeignet ist - und sie zudem noch häufig falsch zitiert wird. Die PKS bildet polizeiliche Verdachtsfälle ab, daher ist auch der Name Kriminalitätsstatistik irreführend. Wer kriminell ist, entscheiden ja Gerichte, nicht der polizeiliche Verdacht.

Kurz: „Die PKS dient der Politik als zentrales Instrument zur Legitimation repressiver Maßnahmen gegen Migrant*innen in Deutschland, an denen der Erfolg politischer Maßnahmen gemessen wird.“

Den ganzen vom Justice Collective und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie initiierten Offenen Brief, den wir auch unterzeichnet haben, findet ihr [hier](#).

Polen setzt Asylrecht aus

Polen hat ein Gesetz beschlossen, das das Asylrecht zeitweise aussetzen kann. Dies bedeutet in der Praxis, dass Schutzsuchende dann **an der polnisch-belarussischen Grenze keine Asylanträge mehr** einreichen können. Die polnische Regierung rechtfertigt diese Maßnahme mit dem Vorwurf, dass Russland und Belarus Geflüchtete gezielt „instrumentalisieren“ würden.

Dazu die [Presseerklärung von Pro Asyl](#).

Möglichkeiten zur Aufenthaltsverfestigung für Geflüchtete aus der Ukraine

Der temporäre Schutzstatus und die Gültigkeit der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 24 AufenthG wurden für Geflüchtete mit vorübergehendem Schutz um ein weiteres Jahr verlängert und gelten nun bis zum 4. März 2026. Noch ist unklar, ob es nach diesem Datum eine weitere Verlängerung geben wird. Viele Betroffene streben eine langfristige Bleibeperspektive in Deutschland an und suchen daher frühzeitig nach Informationen über Möglichkeiten, ihren Aufenthaltsstatus zu festigen.

Der Paritätische Gesamtverband hat dazu diese [Arbeitshilfe](#) formuliert.

[Termine]

18.4.25 - No Deportations to Greece Fundraiser, bUm, Berlin

26.4.25 - Naturalisation in Germany, Boyenstraße 41, Berlin,
<https://www.cusbu.de/communities-first>

29.4.25 - Panel-Talk „Solidarisch gegen die Bezahlkarte“, Choriner Str. 10, Berlin

16.5.25 - Fachaustausch „Deutschlernangebote für Frauen mit wenig formaler Lernerfahrung“, KuB gemeinsam mit dem Migrationsrat Berlin (Save the Date)

19.5.25 - Afghanistankonferenz in Berlin, FR Berlin (Save the Date)

25.5.25 - Charity Markt für lokale soziale Initiativen (u.a. die KuB), Galerie Andreas Murkudis, Potsdamer Straße 81, Berlin (Save the Date)

Solidarische und herzliche Grüße,

eure KuB